

Antrag 6

Die KLJB-Diözesanversammlung 1/87 hat am 22. März 1987 folgende Resolution zur Asylproblematik verabschiedet. Die KLJB-Diözesanvorstandschafft bittet deshalb die Delegierten der BDKJ-Diözesanversammlung 1/87 diesen überarbeiteten Antrag anstelle des bereits vorliegenden Antrages in die Konferenzunterlagen aufzunehmen.

Die Diözesanversammlung des BDKJ der Diözese Regensburg nimmt Stellung zur Asylproblematik und fordert zu Verantwortung und Solidarität mit bedrängten, in Not geratenen Menschen auf, die in unser Land gekommen sind.

Da viele Asylsuchende von den Behörden in unseren Gemeinden untergebracht werden, sind wir als Katholische Jugendverbände direkt betroffen.

Wir als junge Christen müssen uns der Verantwortung stellen, die in der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz ausdrücklich gefordert und unterstützt wird.

"Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen" (Mt 25, 35) soll z. Grundsatz aller Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft werden. Der christliche Glaube gebietet uns, Menschen unabhängig von Hautfarbe, Religion, Kultur oder Herkunft zu achten und ihnen nicht mit unseren Aggressionen gegenüberzutreten.

Anfang 1986 registrierten die Vereinten Nationen weltweit fast 14 Millionen Flüchtlinge, wovon der weitaus größte Teil in Nachbarländern aufgenommen wurde, z.B. in Afrika 3,48 Millionen.

In die Bundesrepublik Deutschland kamen von 1979 bis 1985 374.971 Flüchtlinge. Das sind 0,3% der weltweiten Flüchtlinge.

Die Zahl der Asylbewerber stieg seit 1983 von 20.000 über 35.000 im Jahr 1984 und 74.000 im Jahr 1985 auf knapp 100.000 im Jahr 1986 an.

In Bayern lebten im September 1986 nach Angaben des Bayerischen Sozialministeriums 18.000 Asylbewerber, was bei einer Einwohnerzahl von 11 Millionen einen Anteil von 0,16% bedeutet.

Obwohl der Höchststand bereits 1980 bei 108.000 Antragstellern lag, erregte die Asyldebatte weit weniger Aufsehen. Dagegen wurde 1986 anlässlich bevorstehender Wahlen die öffentliche Diskussion emotional aufgeheizt und politisch mißbraucht. Die Begriffe "Asylanten-Schwemme", "Einwanderer-Welle" und die Aussage über "Wirtschaftsflüchtlinge" die bei uns "volle wirtschaftliche Unterstützung" bekommen würden, dienten der Angstmache und behinderten eine sachliche Auseinandersetzung.

Aus unserer christlichen Grundüberzeugung heraus und angesichts des Flüchtlingselends ergeben sich für uns folgende Überlegungen und Forderungen:

1. Eine Änderung des Asylrechts im Grundgesetz und dessen Aushöhlung durch gesetzgeberische und verwaltungstechnische Maßnahmen. Gerade das Schicksal politisch Verfolgter im Dritten Reich verpflichtet uns zur Einhaltung des Grundrechts auf Asyl.

2. Der Staat hat die Pflicht, für eine menschenwürdige Aufnahme der Flüchtlinge zu sorgen. Langandauernde Anerkennungsunsicherheit, Einschränkung der persönlichen Freiheit, Kürzung der Sozialleistungen, Unterbringung in Sammelunterkünften, Mißachtung von persönlichen und kulturellen Gewohnheiten und Arbeitsverbote sind eine Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde. Es entstehen dadurch häufig soziale und psychische Konflikte, die sich durchaus in Streit und Gewalt entladen können. Eine Beseitigung dieser Mißstände ist dringend erforderlich.

3. Flüchtlinge sind unabhängig von Herkunftsländern gleich zu behandeln.

4. Das Anliegen der internationalen Solidarität muß in der Politik Hauptaufgabe werden, denn die beste Flüchtlingspolitik besteht darin, für Frieden und Menschenrechte, Entwicklung und gerechte Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der sogenannten Dritten Welt einzutreten.

Nicht die Flüchtlinge in unserem Land sind das eigentliche Problem, sondern Krieg, Folter, Gewalt und Hunger gegen Menschen in ihren Herkunftsländern. Deshalb keine Waffenlieferungen an Diktaturen und Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden, wie z.B. Libanon, Iran, Chile oder Türkei.

Bestrebungen, Waffenlieferungen in Spannungsgebiete sogar zu erleichtern, sind völlig abzulehnen, da sie die Ursachen des Flüchtlingselends nicht beseitigen, sondern zusätzlich verschärfen können.

Wirtschaftliche Beziehungen müssen an die Menschenrechte gebunden werden.

5. Darüber hinaus ist unser eigener Beitrag gefordert.

Wir müssen versuchen, mit den ausländischen Mitmenschen ins Gespräch zu kommen, sie zu unterstützen bei Wohnungssuche, Behördengängen, Kinderbetreuung, sowie beim Erlernen der Sprache.

Genauso wichtig ist, eine positive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, auf Fluchthintergründe aufmerksam zu machen, die Not der Flüchtlinge darzustellen und Vorurteile abzubauen.

Der Umgang mit der Asylfrage ist eine Nagelprobe für das Wohlstandsland Bundesrepublik Deutschland, der von den Bürgern Solidarität und die Fähigkeit des Teilens, sowie von den Politikern Verantwortung für Menschenrechte verlangt.

- Quellen:
- o Erklärung des bay. Sozialministers Neubauer von Anfang Oktober '86
 - o UNO-Statistik und andere Zahlen aus "Der Staatsbürger", Beilage zur bay. Staatszeitung
 - o Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz

Antragsteller: KLJB-Diözesanvorstandschafft Regensburg

Dieser Antrag wurde bei 2 Enthaltungen angenommen!